

Antrag an den CDU - Kreisverband Waldshut zum Kreisparteitag am 22. März 2013

Die Landwirte in der CDU fordern

Forderung: die im Konflikt mit dem Schweizer Landkauf und Landpacht festgefahrenen Verhandlungen im Sinne des Agrarstrukturverbesserungsgesetzes wieder aufzunehmen.

Begründung: Die durch die Ablehnung der Verhandlungen der Wettbewerbsklausel durch den EuGH kommt die deutsche Landwirtschaft zu massiven finanziellen Nachteilen,

Forderung dass der Flächenverbrauch von Bauland neu überdacht wird
Tägliche Versiegelung von ca. 80 ha

Begründung: Nutzung von Baulücken und Dorfkernen vor Ausweisung neuer Baugebiete

Forderung: Keine weiteren Ausweisungen von Naturschutzfläche aufgrund des Bundesnaturschutzgesetzes

Begründung: Bei der Pflege von FFH- und Naturafläche kann der produzierende Landwirt kein positives Ergebnis erzielen.

Forderung Rahmenbedingungen für die Märkte

Begründung: die Situation um das Einkommen der Landwirte und deren Familien wird immer kritischer. Die Gewinne laufen unter den Betrieben auseinander, es werden keine kostendeckende Einkommen mehr erzielt, was auch der Landwirtschaftliche Beratungsdienst Milchviehhalter Waldshut bestätigt. Das führt zu immer mehr Zu- und Nebenerwerb. Der Druck in den Familien steigt. Die Betriebe sind auf Arbeitskräfte, die nicht entlohnt werden, angewiesen. Das können Rentner, die Ehefrau oder auch andere Familienangehörige, Nachbarn und Freunde sein. Eine solche Entwicklung ist keineswegs gesund. Sie führt zu Betriebstilllegungen und -aufgaben, 50 % der landwirtschaftlichen Betriebe haben keinen Nachfolger. Dies wiederum hat zur Folge, dass wachsende Betriebe immer mehr leisten müssen für weniger Geld.

→→→ bitte wenden →→→ bitte wenden →→→ bitte wenden →→→

Forderung **Sozialer Ausgleich auf EU – Ebene**

Begründung: Um der Landwirtschaft auch weiterhin eine Existenz zu sichern, müssen die unterschiedlichen Produktionsbedingungen und sozialen Standards auf EU – Ebene ausgeglichen werden

Forderung **Im Rahmen der GAP – Reform (Gemeinsame Agrarpolitik) ist die 1. Säule (Leistungen der EU und des Bundes) in vollem Umfang zu erhalten. Eine Umschichtung in die 2. Säule, bei der die Bundesländer federführend sind, lehnen wir ab.**

Begründung: Eine solche Umschichtung verschlechtert die Einkommen der Landwirtschaft deutlich.

Forderung: **Erhalt des Ausgleichs für benachteiligte Gebiete**

Begründung: Ohne diesen Ausgleich ist die Erhaltung der Kulturlandschaft in schwierigen Lagen des Schwarzwaldes massiv bedroht.

Johannes Hilpert, CDU - Ortsverband Albrück
Hugo Scheu, CDU - Stadtverband Stühlingen
Oswald Tröndle, CDU - Ortsverband Höchenschwand